

L1 Landwirtschaft klimafreundlich gestalten – Tierhaltung zurückschrauben

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Leitanträge

1 Brandenburg ist 2.965.416 Hektar groß, davon werden 44 % landwirtschaftlich
2 genutzt. Damit ist die Landwirtschaft zu einem großen Teil verantwortlich für
3 den Natur- und Artenschutz. Doch auch für den landesweiten Ausstoß von
4 Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas trägt die Landwirtschaft große
5 Verantwortung – und somit für die globale Erderwärmung.

6 Gestalten wir Landwirtschaft klimafreundlich, bewahren wir damit gleichzeitig
7 unsere Artenvielfalt, schützen Vögel und Insekten, und beenden das Leid der
8 konventionellen Nutztiere. Massentierhaltung und Klimaschutz geht ebenso wenig
9 zusammen wie Klimaschutz und Bienensterben.

10 Ökologische Landwirtschaft ist eine der entscheidenden Stellschrauben, wenn es
11 um Klimaschutz geht. Die rückwärtsgewandte Agrarpolitik der rot-roten
12 Landesregierung führte dazu, dass sich der Anteil der Bio-Höfe in Brandenburg
13 seit 10 Jahren nicht mehr verbessert hat und seitdem bei 12,5 % verweilt. Da
14 Öko-Betriebe im Durchschnitt kleinere Strukturen aufweisen, sind es sogar nur
15 10,5 % der Fläche, auf der ökologisch gewirtschaftet wird. Wir wollen
16 Brandenburg aus dem Abstiegskampf um die schlechteste Umstellungsprämie befreien
17 und den Anteil der Öko-Betriebe unbegrenzt in die Höhe wachsen lassen!

18 Formen der Tierhaltung, welche die Standards des EU-Biosiegels unterschreiten,
19 wollen wir bis 2030 abschaffen. Auch die derzeitigen Bio-Richtlinien gilt es
20 langfristig zu verschärfen. Für uns stellt sich die Frage, in welcher
21 Größenordnung Tierhaltung ökologisch vertretbar ist. Es gibt Studien, welche
22 belegen, dass Tierhaltung in sehr geringem Umfang einen ökologischen Mehrwert
23 darstellen kann. Dies kann allerdings nur unter ganz bestimmten Bedingungen der
24 Fall sein.

25 Tierhaltung kann überhaupt nur dann einen ökologischen Mehrwert aufweisen, wenn
26 das Futter zum überwiegenden Teil auf demselben Hof produziert wird, auf dem die
27 Tiere gehalten werden. Den Übersee-Import von Soja und anderen
28 Eiweißfuttermitteln und die damit verbundenen Regenwaldrodungen lehnen wir
29 grundsätzlich ab, ebenso wie die Fütterung von überflüssig vielen
30 Eiweißfuttermitteln. Das Futter der Tiere muss zudem zum großen Teil aus
31 Pflanzen und Pflanzenbestandteilen bestehen, welche für den Menschen nicht
32 verwertbar sind (so z.B. Klee gras bzw. Heu). Die Düngung der Felder mit
33 übermäßigen Güllemengen ist mit extensiver Tierhaltung nicht mehr möglich, somit
34 bleiben die Nitratwerte des Bodens und des Grundwassers in einem angemessenen
35 Bereich. Statt auf Unmengen an Gülle muss vermehrt auf sinnvolle Fruchtfolgen
36 und den Aufbau von qualitativ hochwertigem Humus gesetzt werden, der zudem mehr
37 Kohlenstoffdioxid bindet als herkömmlicher Boden. Weideland, also Klee gras,
38 fördert den Humusaufbau, während Getreide und Mais ihn tendenziell verhindert.
39 Tierhaltung kann nur dann ökologisch sinnvoll sein, wenn gemäß am Humusaufbau
40 orientierter Fruchtfolgen stets genügend Grasflächen vorhanden sind, um alle
41 Tiere davon zu ernähren. Ist das nicht der Fall und werden Nutztiere zu einem
42 nicht unerheblichen Anteil mit Nahrungsmitteln gefüttert, die auch Menschen

43 verwerten könnten, gehen zahllose Kalorien (Energie) in Form von Körperwärme und
44 kinetischer Energie verloren, wodurch der Ertrag schrumpft.

45 Auch wenn Tierhaltung in Form von extensiver Weidetierhaltung einen ökologischen
46 Mehrwert aufweisen kann, ist vegetarische und vegane Ernährung ein wichtiger
47 Bestandteil der Agrarwende. Denn da Tierhaltung nur in sehr geringem Umfang
48 ökologisch sinnvoll ist, wäre es nicht einmal mehr im Ansatz möglich, davon die
49 derzeitige Nachfrage nach Tier- und Fleischprodukten zu stillen. In Brandenburg
50 leben derzeit etwa 9,6 Millionen Hühner bzw. Truthühner, 800.000 Schweine,
51 500.000 Rinder, 500.000 Nutzenten und 80.000 Schafe. Um ein ausgewogenes
52 Verhältnis aus Tier und Fläche herzustellen, wird ein überwiegender Teil unserer
53 Mahlzeiten in Zukunft ausschließlich aus pflanzlichen Lebensmitteln bestehen
54 müssen.

55 Wenn es darum geht, Landwirtschaft klimafreundlich zu gestalten, spielen noch
56 weitere Komponenten eine wichtige Rolle: Die Herstellung von synthetischen
57 Düngern setzt Unmengen an Treibhausgasen frei. Somit hat der Einsatz
58 synthetischer Dünger nicht nur negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt und
59 das Insektenaufkommen, sondern auch auf die globale Erderwärmung.

60 Hinzu kommen noch die vielen Übersee-Exporte (z.B. von Milchpulver), welche der
61 Überproduktion der konventionellen Agrarindustrie geschuldet sind, und die damit
62 verbundenen Treibhausgasemissionen. Klimafreundliche Landwirtschaft muss auch
63 bedeuten, dass Lebensmittel regional verarbeitet und vermarktet werden.

64 Wir wollen mehr verarbeitende Betriebe wie Getreidemühlen, Saftpresen und
65 Molkereien nach Brandenburg holen, um Transportwege in den Handelsketten zu
66 minimieren, Produkte in der Region weiterverarbeiten und vermarkten zu können
67 und – nicht zuletzt – gut bezahlte Arbeitsplätze in ländliche Regionen zu holen.

68 Ökologische Kriterien müssen in der Förderung der Landwirtschaft eine primäre
69 Rolle spielen. Die Direktzahlungen pro Hektar, welche als erste Säule der EU-
70 Agrarförderung bezeichnet werden, müssen gänzlich abgeschafft werden. Die erste
71 Säule fördert Betriebe nach Größe und unabhängig vom Ertrag. Im Kampf gegen
72 Monokulturen ist dies absolut kontraproduktiv. Außerdem besteht gar kein Anreiz,
73 ertragreichen Humusboden aufzubauen und nachhaltig zu wirtschaften. Stattdessen
74 wollen wir die zweite Säule der EU-Agrarförderung massiv ausbauen und gezielt
75 klimafreundliche Maßnahmen fördern.

76 Doch die Förderung ökologischer Maßnahmen reicht nicht – im Umkehrschluss müssen
77 umweltschädliche Maßnahmen sanktioniert werden. So fordern wir Sanktionen auf
78 ein zu hohes Verhältnis zwischen Tiereinheiten und Flächeneinheiten, auf den
79 Einsatz von Pestiziden, auf übermäßig große Getreide- oder Maiskulturen, auf
80 nicht nachhaltige Fruchtfolgen, sowie auf Produkte, die exportiert werden.

81 Um Landwirtschaft nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten, fordern wir:

- 82 • den Ausstieg aus der konventionellen Tierhaltung bis 2030
- 83 • den Ausstieg aus der Anwendung von Pestiziden bis 2035
- 84 • die Abschaffung der ersten Säule der EU-Agrarförderung und demzufolge den
85 massiven Ausbau der zweiten Fördersäule
- 86 • Sanktionen umweltschädlicher Vorgehensweisen
- 87 • Ökologische Fruchtfolgen, maximale Flächeneinheiten für zusammenhängende
88 Getreide- und Maiskulturen, maximale Anzahl an Nutztieren pro Hektar als
89 gesetzlichen Mindeststandard - auch für konventionelle Betriebe
- 90 • Transparente Kennzeichnung aller Tierprodukte, welche Haltungsbedingungen
91 und ökologischen Fußabdruck darlegt
- 92 • Eine Verbesserung der Umstellungsprämien, sodass der Anteil von Bio-Höfen
93 (aktuell 12,5 %) nach 10 Jahren endlich wieder steigt

L2 Bäuerliche Landwirtschaft statt Monsterbetriebe der Agrarinvestor*innen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Leitanträge

1 Landwirtschaft ist einer der zentralen Eckpfeiler ländlicher Räume. Leider
2 können immer weniger Menschen von ihr leben. Die ohnehin schon großen Strukturen
3 in Brandenburg, die die Zwangskollektivierung der DDR hinterlassen hat, werden
4 nach dem Mantra "Wachse oder weiche!" zu noch größeren Einheiten. In Brandenburg
5 verfügen 6 % der landwirtschaftlichen Betriebe je über mehr als 1000 Hektar und
6 damit insgesamt über knapp die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen –
7 Tendenz steigend.

8 Dies wird unter anderem dadurch getrieben, dass ein Großteil der
9 Agrarfördermittel nur an der Hektarzahl hängt und damit größere Einheiten vom
10 Staat begünstigt werden. Investor*innen ohne Bezug zur Landwirtschaft haben
11 dieses Geschäftsfeld für sich entdeckt und kaufen sich aus Profitgier in
12 Agrargenossenschaften ein, berauben so die Genoss*innen ihrer demokratischen
13 Mitbestimmung. Kaufen Investor*innen Land, fällt in Brandenburg normalerweise
14 eine Grunderwerbsteuer von 6,5 % an. Damit soll verhindert werden, dass Land als
15 Spekulationsobjekt häufig weiterverkauft wird. Die Grunderwerbsteuer greift
16 jedoch nicht, wenn Investor*innen große Unternehmensanteile kaufen, wodurch sie
17 de facto trotzdem über das Land verfügen. Diese Vorgehensweise wird auch als
18 „Share Deal“ bezeichnet.

19 Durch das große Interesse von Investor*innen steigen die Preise für Acker- und
20 Weideflächen stark an. Dies versperrt jungen Menschen, die sich eine Existenz in
21 der Landwirtschaft aufbauen wollen, einen Hof gründen oder übernehmen wollen,
22 den Weg in die Selbstständigkeit. Die hohen Flächenpreise können nicht mehr
23 durch gute Erträge erwirtschaftet werden, sondern entstehen, wenn Land als
24 Kapitalanlage missbraucht wird. Trotz der hohen Geldsummen, die in die Branche
25 fließen, verdienen die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, deutlich
26 weniger als Menschen in anderen Wirtschaftszweigen. Verdienen Investor*innen als
27 Anteilseigner*innen an den Erträgen landwirtschaftlicher Betriebe mit, bleibt
28 umso weniger für die Landwirt*innen.

29 Das wichtigste Instrument, um die aktuellen Entwicklungen zu stoppen, ist das
30 Grundstückverkehrsgesetz. Das bundesweite Grundstückverkehrsgesetz gilt derzeit
31 in den Ländern fort, bis diese ein eigenes Gesetz erlassen. Bisher hat dies nur
32 Baden-Württemberg getan. Wir fordern ein brandenburgisches
33 Grundstückverkehrsgesetz, welches nicht nur ein Vorkaufsrecht für Landwirt*innen
34 (insbesondere Junglandwirt*innen) enthält, sondern Nicht-Landwirt*innen, also
35 Investor*innen, den Erwerb von landwirtschaftlicher Nutzfläche – auch in Form
36 von Share Deals - verbietet.

37 Um kleine Betriebe und bäuerliche Strukturen zu erhalten und wiederherzustellen,
38 fordern wir eine Kappungsgrenze bei der flächengebundenen Agrarförderung der EU.
39 Unbegrenzte Größe darf sich nicht rechnen, stattdessen müssen kleine Betriebe
40 stärker gefördert werden. So lassen sich auch riesige Monokulturen verhindern,
41 welche der Biodiversität Brandenburgs erheblichen Schaden zufügen.